



## Ökologische Steuerreform im Brennpunkt

Mit der Präsentation der „Energiestrategie Österreich“ haben die Minister Berlakovich und Mitterlehner gleichzeitig die Budgetdebatte in Gang gebracht: Im Mittelpunkt der politischen Diskussion steht die ökologische Steuerreform, die eines der zentralen Elemente der Energiestrategie ist und mithelfen soll, die Klimaschutzziele zu erreichen. Bis 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien auf 34 % gesteigert, die Treibhausgasemissionen sollen um 16 % reduziert werden. Während die BefürworterInnen dieser Reform den ökologischen Mehrwert betonen und Green Jobs schaffen wollen, befürchtet die Gegenseite soziale Härten, Konjunkturerbrüche und den Verlust von Arbeitsplätzen – vor allem in energieintensiven Branchen. Auch die Meinungen der ExpertInnen gehen scheinbar auseinander: Während die einen eine Ökologisierung des Steuersystems als Voraussetzung für eine kohlenstoffarme Wirtschaft ansehen, stellen die anderen den Lenkungseffekt in Frage und argumentieren, dass gerade im Energiebereich kurzfristig kaum Verhaltensänderungen zu erreichen sind. Einig sind sich die ExpertInnen

aber, dass eine umfassende, aufkommensneutrale Ökologisierung des Steuersystems mit positiven Effekten sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für das Klima verbunden wäre. Diese Effekte wurden in allen europäischen Staaten sichtbar, die derartige Reformen durchgeführt haben. ●

### fact.box

#### Öko-Steuerreform auf der politischen Agenda 1980-2010

- Mitte der 1980er Jahre stellt Josef Riegler sein Konzept für eine ökosoziale Marktwirtschaft vor.
- In den 1990er Jahren führen zahlreiche europäische Staaten ökologische Steuerreformen durch.
- Klimastrategie und Nachhaltigkeitsstrategie (beide 2002) beinhalten die Ökologisierung des Steuersystems.
- 2010 findet die Ökologisierung des Steuersystems in die „Energiestrategie Österreich“ Eingang.
- 2010 plant die EU den Abbau umweltschädlicher Subventionen und diskutiert die Einführung einer EU-weiten CO<sub>2</sub>-Steuer.

## Aufkommensneutrale Reform zeigt positive Effekte

Vorab ist festzustellen, dass eine bloße Einführung oder Erhöhung der Ökosteuern keinesfalls als ökologische Steuerreform bezeichnet werden kann. Eine ökologische Steuerreform, wie sie von ExpertInnen verstanden wird, ist eine aufkommensneutrale Lenkungsmaßnahme, deren Ziel es ist, das Steueraufkommen von Arbeitssteuern auf Ressourcen- und Energiesteuern umzuschichten.

Sinnvoll ist diese Umschichtung insbesondere in Ländern, die hohe Abgaben auf Arbeit einheben – was in Österreich, das eine der höchsten Abgabenquoten (41 %) in der EU hat, der Fall ist. Eine Umschichtung der Steuerlast würde Erleichterungen bei den Abgaben auf den Faktor Arbeit bringen und die Klimabilanz spürbar entlasten, angesichts der aktuellen Kyoto-Zielverfehlung unseres Landes, eine essenzielle Maßnahme.

### Erfahrungen im EU-Raum: Beschäftigung steigt – CO<sub>2</sub>-Emissionen sinken

Dass diese Effekte auch tatsächlich eintreten, zeigen Erfahrungen im EU-Raum. Aufgegriffen wurde das Konzept von vielen europäischen Staaten: Dänemark, Finnland und Schweden führten als erste Anfang der 1990er Jahre ökologische Steuerreformen durch, die Niederlande, Großbritannien und Deutschland folgten. In Deutschland konnten 250.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, während die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 2,5 bis 3 % abnahmen. Ähnliche Effekte zeigten sich auch in allen anderen Staaten, die weitgehend aufkommensneutrale Umschichtungen von Arbeits-



Foto: © Rainer Sturm/PIXELIO

auf Ökosteuern vornahmen.

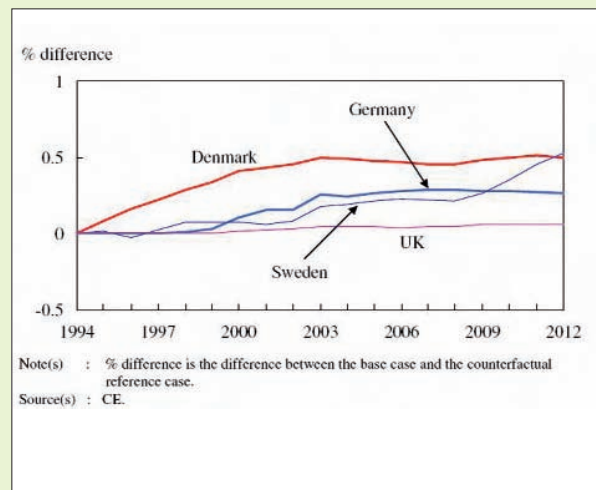
Erkannt wurde auch die Wichtigkeit eines ausgewogenen Instrumentenmixes: Ökologische Steuerreformen wurden von Förderungen für erneuerbare Energien, dem Setzen von Standards und rechtlichen Maßnahmen flankiert. ●

## Case-Study

### Schweden leistet Pionierarbeit

Schweden führte als eines der ersten Länder 1991 eine ökologische Steuerreform durch. Hauptmotiv war damals die als problematisch eingestufte hohe Abgabenbelastung auf Arbeitseinkommen, was die schwedische Regierung veranlasste, die Steuerbasis auszuweiten und auf die Wirkung von Ökosteuern zu setzen. Kern der Reform war die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer auf alle fossilen Energieträger, während im Gegenzug die Abgaben auf Arbeit um fast 10 Mrd. Euro verringert wurden. Dies entsprach 4,6 % des schwedischen BIPs von 1991 – eine massive Umschichtung der Steuerlast. Schweden gelang durch diese Reform die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und (fossilem) Energieverbrauch: Während die Wirtschaftsleistung zwischen 1990 und 2007 um 48 % anstieg, sanken die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 9 %. Gleichzeitig stellten sich positive Beschäftigungseffekte ein, die auf die Steuerentlastung von Arbeitseinkommen zurückzuführen sind (siehe Grafik).

### Auswirkungen ökologischer Steuerreformen auf Beschäftigung



Quelle: Andersen et.al. (2007): Competitiveness Effects of Environmental Tax Reforms (COMETR), S. 384.

Das Beispiel Schweden zeigt gemeinsam mit einer Reihe von anderen europäischen Staaten, dass sich wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz mit einer gründlich durchdachten Steuerpolitik vereinbaren lassen. ●

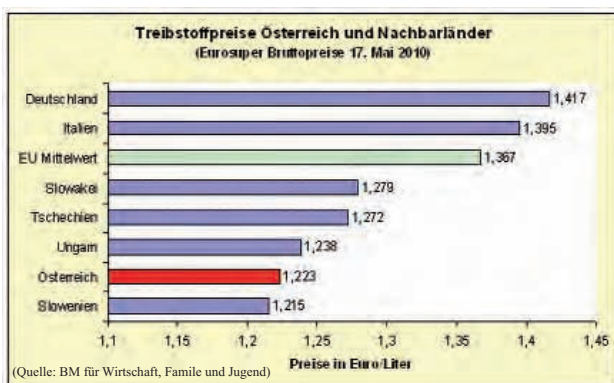


Foto: © Rainer Sturm/PIXELIO

## Soziale Ausgleichsmechanismen sind essenziell

Die Vorbehalte gegenüber einer ökologischen Steuerreform betreffen in erster Linie hohe soziale Kosten, da Grundbedürfnisse wie Elektrizität, Raumwärme und Mobilität merklich teurer würden. Zusätzliche finanzielle Belastungen würden dann speziell einkommensschwache Haushalte überproportional stark treffen. Tatsächlich gibt das untere Einkommensviertel mit 5,8 % seines Einkommens überdurchschnittlich viel für Energie im Wohnbereich aus. Zusätzliche Belastungen könnten dann beispielsweise nur mehr über niedrigere Raumtemperaturen aufgefangen werden.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat in einer in Deutschland durchgeführten Untersuchung bestätigt, dass die Einführung von Ökosteuern untere Einkommenschichten zwar überproportional belasten würde, dass diese jedoch durch eine Rückvergütung in Form eines Ökobonus in gleicher Höhe für jeden Haushalt sogar profitieren würden. Mit der Einführung einfacher, aber gut durchdachter sozialer Ausgleichsmechanismen können negative Effekte von Ökosteuern somit neutralisiert oder sogar umgekehrt werden. ●



## Ökosteuern im Verkehr – eine unsoziale Maßnahme?

Werden entsprechende Ausgleichsmechanismen gesetzt, treffen Ökosteuern in erster Linie einkommensstarke Haushalte mit hohem Ressourcenverbrauch. Wie wichtig diese Gruppe für die Klimabilanz ist, zeigt ein Blick auf die Verkehrsausgaben: Personen des obersten Einkommensviertels verwenden mit über 18 % einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres Einkommens für den Verkehr, 16 % dieser Gruppe besitzen mehr als zwei PKW. Gekauft werden immer größere und leistungsstärkere Fahrzeuge. Der Anteil von Fahrzeugen in der Hubraumklasse von 1.000 bis 1.500 ccm<sup>3</sup> stieg zuletzt auf 60 %. Problematisch erweist sich auch der Trend bei kurzen Wegen das Auto stärker zu nutzen: Fast die Hälfte aller Autofahrten ist mittlerweile kürzer als fünf Kilometer. Für die Klimabilanz wird dies zunehmend zum Problem. Die Emissionen im Verkehrssektor sind zwischen 1990 und 2008 um mehr als 60 % gestiegen.

### Treibstoffpreise sind zu niedrig

Treibstoffpreise haben großen Einfluss auf das Verkehrsaufkommen: Als im Jahr 2008 die Ölpreise explodierten, sanken in Österreich die Emissionen des Verkehrs um 7 % – die deutlichste Verringerung in den letzten 18 Jahren. Bislang setzt man hierzulande aber wenig auf die lenkende Wirkung von Preisen: Im Vergleich zu den Nachbarländern ist in Österreich Treibstoff sehr günstig (siehe Grafik). Nur in Slowenien ist der Benzinpreis niedriger als in Österreich. Gleiches gilt für Diesel. Auch im EU-Vergleich werden AutofahrerInnen in Österreich geschont: Selbst bei einer Erhöhung der MöSt um 10 Cent wäre Benzin in Österreich noch geringer besteuert als im EU-Schnitt. Zusätzlich wurde Autofahren in den letzten 25 Jahren entgegen der landläufigen Meinung immer günstiger: Mit einem durchschnittlichen Einkommen kann man heute 60 % mehr Sprit tanken als 1985 – während gleichzeitig der Verbrauch um 30 % fiel. Mit einem Monatseinkommen kann man deshalb heute etwa doppelt so weit fahren wie vor 25 Jahren. Eine Lösung des Klimaproblems Verkehr ist deshalb ohne Preisadjustierungen nicht denkbar. Erforderlich ist aber auch der Ausbau des öffentlichen Verkehrs – nicht zuletzt aus sozialen Gründen – denn 60 % des unteren Einkommensviertels besitzen keinen PKW und sind auf gute öffentliche Anbindungen angewiesen. ●

## **i Checklist Öko-Steuerreform**

- ✓ Die Umschichtung von Arbeits- auf Ressourcensteuern muss möglichst aufkommensneutral durchgeführt werden. Nur so können positive Beschäftigungseffekte erzielt werden. Soziale Ausgleichsmaßnahmen sind essenziell.
- ✓ Die Reform muss in einem Umfang von mehreren Milliarden Euro erfolgen, damit spürbare CO<sub>2</sub>-Einspareffekte erzielt werden.
- ✓ Die Reform muss in mehreren Schritten über mehrere Jahre laufen, damit langfristig Investitionsentscheidungen beeinflusst werden und soziale Härten hinten gehalten werden können.

## **i 2,8 Mrd. Euro Öko-Steuerpaket**

- Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer in Höhe von 20 Euro pro Tonne (in den Folgejahren weitere schrittweise Erhöhungen) als einfache und effektive Methode, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verteuern → ca. 500 Mio. Euro.
- Anhebung der MöSt um mindestens 10 Cent als fahrleistungsabhängige Verkehrsabgabe → ca. 1 Mrd. Euro.
- Spreizung der Nova nach der CO<sub>2</sub>-Intensität der Fahrzeuge → ca. 200 Mio. Euro.
- Flächendeckende LKW-Maut als Beitrag zur Kostenwahrheit auf der Straße → ca. 600 Mio. Euro.
- Flugticketabgabe in Höhe von 10 Euro pro Ticket als minimaler Beitrag des Flugverkehrs → ca. 120 Mio. Euro.
- Reform der Energieabgabe – weitgehende Streichung der Ausnahmebestimmungen → ca. 400 Mio. Euro.
- Screening von Förderinstrumenten auf ihre Umweltwirkung und Abbau von umweltschädlichen Subventionen.
- Rückvergütung in Form von Sozialtransfers oder Lohnnebenkostensenkungen.

### **@ Webtipps:**

**Umweltdachverband – [www.umweltdachverband.at](http://www.umweltdachverband.at)**  
**Ökosoziales Forum – [www.oekosozial.at](http://www.oekosozial.at)**  
**Forum Ökosoziale Marktwirtschaft – [www.foes.de](http://www.foes.de)**  
**Energy Watch Group – [www.energywatchgroup.org](http://www.energywatchgroup.org)**

## **🔥 Kommentar**

### **Nachhaltig umsteuern!**

*In der Diskussion um die Erhöhung von Ökosteuern in Österreich wird zu Recht der Anspruch geäußert, dass eine ökologische Steuerreform sozial verträglich durchgeführt werden muss. Dass dies mit einfachen, aber gut durchdachten Instrumenten möglich ist, zeigen internationale Beispiele. Mittlerweile ist weiters gut dokumentiert, dass mit einer aufkommensneutralen ökologischen Steuerreform Wirtschaftswachstum generiert werden kann und damit verbunden Green Jobs entstehen – viel wichtiger ist jedoch, dass damit die Weichen zum Ausstieg aus der Nutzung fossiler Ressourcen gestellt werden. Unser Energiesystem beruht immer noch zu 74 % auf fossiler Energie. Österreichs Aufwendungen dafür steigen stetig: Zwischen 2003 und 2007 stieg die Energierechnung um 94 % auf über 9 Mrd. Euro an – und zwar vor der Öl-Preisrallye im Jahr 2008. Die Kehrseite der Medaille sind steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen und verfehlte Klimaziele. Mit einer aufkommensneutralen ökologischen Steuerreform lassen sich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen – das lehren uns internationale Beispiele. Der UWD hat ein Öko-Steuerpaket zur Umschichtung von 2,8 Mrd. Euro geschnürt (siehe Kasten). Damit wäre Österreich längst noch kein Vorreiter: So würde die Besteuerung von Treibstoffen nach einer MöSt-Erhöhung um 10 Cent immer noch unter EU-Schnitt liegen. Fest steht, dass ohne Reform der Steuerpolitik kein Vorwärtkommen im Klimaschutz möglich ist. Wir brauchen die ökologische Steuerreform aber auch aus wirtschaftlichen Gründen: Sie muss gezielt dazu eingesetzt werden, Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien anzukurbeln. Kürzlich warnte die EU-Kommission, dass Europa im Technologiewettlauf mit Ostasien und den USA zurückfallen wird, wenn die Politik hier keine Anreize setzt. Eine aufkommensneutrale ökologische Steuerreform ist klimapolitisch notwendig und wirtschaftspolitisch vernünftig. Wir sollten nicht länger zögern, sondern Nägel mit Köpfen machen.*



*Dr. Gerhard Heilingbrunner  
 Präsident Umweltdachverband*